

EIDG. VOLKSABSTIMMUNG VOM 21. MAI 2017

Energiegesetz (EnG)

Ja zur Energiestrategie 2050

Am 27. November 2016 lehnte das Stimmvolk die Atomausstiegsinitiative der Grünen mit 45,8% : 54,2% ab. Zu diesem Zeitpunkt lag die Energiestrategie 2050 mit den zahlreichen Änderungen des Energiegesetzes bereits auf dem Tisch. Schon im Oktober hatte die SVP angekündigt, zu diesem Thema eine Volksabstimmung zu erzwingen. Das Referendum kam mit 68390 Unterschriften zustande. Das zur Ausgangslage.

Zahlen

Statistiken füttern uns andauernd mit Zahlen. So erfahren wir, dass im Jahr 2015 der gesamte Energieverbrauch in der Schweiz 233 Terawattstunden (TWh) betragen hat. Das Kernkraftwerk Gösgen produziert jährlich 8 TWh Stunden elektrische Energie. Somit entspräche der gesamte Energieverbrauch in der Schweiz der Leistung von beinahe 30 Atomkraftwerken. Das ist natürlich nur Theorie, denn in Tat und Wahrheit stützen wir uns mehrheitlich auf fossile Energieformen, die wir ausschliesslich aus dem Ausland beziehen. So importieren wir Erdöl aus Libyen (Anteil 34%), Kasachstan (30%) oder Nigeria (20%), Erdgas aus der EU (46%), Russland (25%), Norwegen (18%) und, um auch da die Auslandabhängigkeit in Erinnerung zu rufen, Uran unter anderem aus Russland. Wir dürfen trotz der enormen Auslandabhängigkeit auf eine solide Versorgungssicherheit zählen. Allerdings zeigt die gesamte Liste unsere Lieferanten auf, dass wir mit zum Teil politisch instabilen Staaten handeln, und dass wir ohne Bedenken mit Diktatoren und Oligarchen kooperieren. Das ist ein Preis für unsere Mobilität und anderem mehr. Der zweite ist die enorme Luftverschmutzung und die Klimaerwärmung als deren Folge. Hier setzt die Energiestrategie an.

Ziele und Massnahmen

Mit dem revidierten Energiegesetz werden folgende Ziele angestrebt:

1. Den Energieverbrauch und die Auslandabhängigkeit senken.
2. Die Energieeffizienz erhöhen.
3. Erneuerbare Energieformen fördern.
4. Ausstieg aus der Atomkraft

Das Erreichen dieser Ziele soll schrittweise angestrebt werden, und die Versorgung der Bevölkerung muss stets gesichert sein.

Da nun oft genannte und diskutierte Massnahmen:

- Sparpotenzial bei Gebäuden: Seit 2010 läuft ein Gebäudeprogramm, das bis Ende 2019 dauert. Das soll verlängert und verbessert werden. Heute werden pro Jahr 300 Millionen Franken aus der seit 2008 bestehenden CO²-Abgabe eingesetzt für Sanierungen an den Gebäudehüllen oder den Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen. Der Beitrag wird auf 450 Millionen erhöht.
- Sparpotential Autos: Der Verkehr ist mit einem Anteil von 36,4% der grösste Energieverbraucher. Langfristig müssen die Autos noch sauberer werden. Der Ausstoss soll bei Neuwagen bis 2021 von heute 130 Gramm CO² pro Kilometer auf 95 Gramm gesenkt werden.
- Förderung erneuerbarer Energieformen: Seit 2009 kennt man die Einspeisevergütung zur Förderung von Stromproduktion aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasser (bei Kleinkraftwerken). Diese wird finanziert aus dem Netzzuschlag auf unserer Stromrechnung. Der Zuschlag wird von 1,5 auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Besitzer von Kleinkraftwerken erhalten keine Vergütung mehr. Energieertrag und Eingriffe in die Landschaft stehen in einem ungünstigen Verhältnis.
- Atomausstieg: Der erfolgt schrittweise, Bestehende Atomkraftwerke sind noch in Betrieb bis sie aus Sicherheitsgründen aufgegeben werden müssen.

Gegner und Befürworter

Die SVP-Strategen, welche das Referendum in Gang gesetzt haben, gehen bezeichnenderweise auf diese zentralen Leitlinien nicht ein. Für sie stehen in erster Linie die Kosten im Mittelpunkt. Ihre Behauptung, die Massnahmen belasten einen durchschnittlichen Haushalt mit einem jährlichen Betrag von 3200 Franken ist jedoch völlig aus der Luft gegriffen und darum absolut unglaubwürdig.

Die Befürworter sind gesellschaftlich und politisch breit abgestützt. Bundesrat, das eidgenössische Parlament, linke und bürgerliche Parteien, wichtige Verbände, so auch Gewerbe- und Bauernverband, stehen dahinter. Sie argumentieren, dass mit der Energiestrategie 2050 bereits laufende Massnahmen langfristig gesichert werden. Sie bilden mit den ergänzenden eine wichtige Basis für unseren Beitrag gegen die Klimaerwärmung. Und alle sind zur Einsicht gekommen, dass die Atomenergie endgültig keine Zukunft mehr hat. Auch unser links i.E. schliesst sich dieser Auffassung an und empfiehlt ein JA zur Energiestrategie 2050. *Martin Jäggi*





His Master's Noise

Es ist ein Wunder, dass ich hier noch schreiben darf. Ich bin nicht Mitglied dieser Partei. Sie ist mir einfach zu wenig grün. Und damit meine ich nicht die Parolen, ich meine das Handeln. Also, bitte: Du kannst doch nicht den Klimawandel beklagen und selber fässerweise Sprit verbrennen! Die lieben Roten: Die karren oder fliegen oder saufen doch genau so in der Welt herum, wie die Blauen, die Gelben oder die Schwarzen. Der einzige Unterschied: Ihre Sünden haben humanitären Background. Da lob' ich mir den neuen Berner Stapi.

Gruss vom Bosphorus

Der ist mir nämlich so richtig grün eingefahren. Ehrengast am Cup-Halbfinal der YB-Frauen im Wylar-Park. Alec von Graffenried. Sein Adelstitel: Die reinste Tarnung. Der Mann hat Bodenhaftung. Hüpf im Kittel ohne Krawatte zur Spielfeldmitte und eröffnet mit Aussenrist die Partie. Aussenrist! Angeradelst sei der, flüstern mit flinkernden Augen die YB-Frauen. Auf einem Drahtesel von «Bern rollt», fabulieren sie weiter und finden, der alte Alex hätte das nie geschafft. Tschäppat wäre mit Bieri Hämpu, seinem Privatchauffeur, vorgefahren und hätte in der Pause nicht Hahnenburger getrunken, sondern Adelbodner mit Sprutz.

Wenn ich aber den Bogen zu unseren Politikern schlage, dann werde ich nur mit dem Oldie warm. Anteners Credo im Dorf: «Gring ache u seckle». Im Ausserdorf: «Gring ache u strample». Der verbrennt höchstens im Tigerraal ein paar Tropfen Sprit. Seine nominierten Nachfolger haben da schon mehr Steine im Rucksack. Einer fährt mit dem Aebi-Transporter zur Sitzung. Toller Schlitten, aber unökologisch. Ein zweiter fliegt auf einer telematisch betriebenen Wolke. Nebulös. Der dritte spielt am linken Flügel. Dort stellt der Trainer die Verrückten auf. Und der vierte? Schon wieder ein Lehrer. Un-wähl-bar. Warum machen wir es nicht wie der Boss vom Bosphorus? Ist nicht die Präsidialdemokratie die Mutter aller Demokratien? Müsste man nicht schon längst die Gemeindeverfassung ein wenig ... anpassen? Den verdienten Präsidenten ... auf Lebzeiten wählen, jetzt, wo er nach der Eishalle auch die Sporthalle noch baut? Bräuchten wir nicht einen Kalifen, der uns lenkt und für uns denkt? Der die Armen beschenkt, die Zügellosigkeit beschränkt, die Feinde der Revolution erh ... ? Nein. Wir brauchen die Neuen. Denn Wahl heisst Auswahl. Wir brauchen die Velogrünen links und die Apfelgrünen rechts, die Weinroten und die Rosaroten, die Gelben und die Blauen. Sie garantieren Freiheit. Sie garantieren, dass ich schreiben darf. Danke, Demokratie.

Andreas Aebi

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 21. MAI 2017

Beschluss des Grossen Rates betreffend den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016 – 2019

JA zum Asylsozialhilfe-Kredit

Der Kanton Bern betreut die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden fortschrittlicher als andere Kantone. Basierend auf der UNO-Kinderrechtskonvention bietet er ihnen eine spezialisierte Unterbringung und Betreuung. Die vom Bund bezahlte Pauschale reicht jedoch nicht aus. Deshalb braucht es einen Asylsozialhilfe-Kredit.

Aber SVP, Junge SVP und EDU sind gegen diesen 105-Millionen-Kredit und haben das Referendum dagegen ergriffen. Darum gelangt er am 21. Mai zur Abstimmung. Auf der Homepage der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern (POM) ist Folgendes zu lesen: «Momentan sind im Kanton Bern 340 Plätze für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) in den UMA-Zentren in Langnau, Huttwil, Belp, Täuffelen, Beatenberg, Unterseen und Grindelwald bestimmt.» Mit der Betreuung der UMA hat der Kanton die Zentrum Bäregg GmbH betraut. Diese bietet gemäss eigenen Angaben «bedarfsgerechte Wohn- und Betreuungsformen an und stellt auch korrespondierende Bildungs-, Integrations-, Gesundheits- und Freizeitangebote sicher. Ziel ist es, das Wohl der zugewiesenen Kinder und Jugendlichen sicherzustellen und ihnen eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen.»

Altersgerechte Begleitung und Unterbringung

Aktuell wohnen 458 UMA im Kanton Bern. Die Kinder haben teils einschneidende Kriegs-, Flucht- und Verlustererfahrungen gemacht. A.A. aus Somalia beispielsweise musste zuschauen, wie sein Vater im

Krieg umgebracht wurde. Oder Y.S. aus Syrien hat kürzlich erfahren, dass fünf seiner besten Schulfreunde bei einem Luftangriff ums Leben gekommen sind. Neben einer kindergerechten Begleitung gerade in solchen Krisensituationen ist es deshalb besonders zentral den Minderjährigen wieder eine Zukunftsperspektive zu geben. Viele der Kinder und Jugendlichen werden in der Schweiz bleiben. Es ist darum wichtig, dass sie möglichst rasch unsere Sprache, unsere Kultur und unsere Regeln kennen lernen. Mit einer frühzeitig beginnenden Integration erhöhen sich die Möglichkeiten der Betroffenen später ein eigenständiges Leben zu führen». Am berufsvorbereitenden Schuljahr in Langnau werden aktuell drei Integrationsklassen geführt, im neuen Schuljahr werden es wohl sogar deren vier sein. Die grosse Mehrheit der Lernenden sind UMA, hauptsächlich stammen sie aus Eritrea, Syrien und Afghanistan. Das Ziel dieser Integrationsklassen besteht darin, die jungen Menschen in zwei Jahren so weit zu bringen, dass sie den Einstieg in eine Vorlehre oder in eine Attestausbildung finden. Nur die wenigsten schaffen es direkt in eine EFZ-Lehre. Ein überparteiliches Komitee bestehend aus Grünen, BDP, GLP, EVP, SP und FDP befürwortet den Kredit für die Asylsozialhilfe. Der Kredit garantiert die Weiterführung der altersgerechten Begleitung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Bei einer Ablehnung des Kredits würden die Kosten bestenfalls verschoben oder gar steigen, warnt das Komitee.

Niklaus Müller

EINBÜRGERUNGSOFFENSIVE

Vor der Einführung des verschärften Bürgerrechtsgesetzes

Nimm deine Rechte wahr!

In der Schweiz leben viele Menschen, die sich einbürgern lassen könnten, dies aber aus verschiedenen Gründen bisher nicht taten. Wer die politischen Rechte wahrnehmen will, sollte dies aber noch vor dem neuen Bürgerrechtsgesetz (2018) tun. Denn es bringt neue Hürden.

Schweizer/innen ohne Rechte

Wer in der Schweiz lebt, soll auch mitbestimmen können, was in der Schweiz passiert. Wer die gleichen Pflichten hat wie alle anderen, soll auch die gleichen Rechte haben. Doch das Schweizer Recht macht aus Migrant/innen Menschen zweiter Klasse. Auch wenn sie schon lange in der Schweiz leben oder gar hier geboren und aufgewachsen sind. Faktisch sind sie Schweizer/innen ohne Schweizer Pass und deshalb ohne volle politische Rechte. In den letzten Jahren hat sich auch ihre rechtliche Lage verschlechtert, zum Beispiel mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Betroffene können schon bei kleineren Delikten das Aufenthaltsrecht verlieren.

Fast eine Million erfüllen Bedingungen

In der Schweiz leben rund 900'000 Menschen, welche die Bedingungen zur Einbürgerung erfüllen.

Rund 180'000 sind hier geboren, rund 120'000 sind als Kinder oder Jugendliche in unser Land gekommen. Sie prägen unsere Gesellschaft und sind Teil der Schweiz.

Willkommenskultur fördern

Es müsste im ureigensten Interesse der Schweiz sein, möglichst viele dieser Menschen als mündige, aktive Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Dazu aber braucht es eine Haltung der Behörden, die den Migrant/innen vermittelt, dass sie willkommen sind, zur Schweiz gehören und ihre Einbürgerung erwünscht ist. Die Kantone Basel Stadt, Genf und Waadt sind mit dem guten Beispiel vorangegangen. Sie haben alle ihre Einwohner/innen ohne Schweizer Pass eingeladen, sich einbürgern zu lassen, wenn sie die Voraussetzungen dazu erfüllen.

Bürgerrecht ist ein Recht, kein Privileg

Wichtig ist aber auch, dass Migrant/innen Einbürgerungsgesuche stellen, um dadurch ihre vollen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen. Dies ist umso dringlicher, als ab 2018 ein neues, verschärftes Bürgerrechtsgesetz neue Hürden aufstellt.

Stefan Wüthrich, Gewerkschaft Unia

RICHTIG LANGNAU

Müller for Präsident (sic)

«Langnau liegt mir am Herzen.»



Chlösu Müller, warum willst du Gemeindepräsident von Langnau werden?

Die US-amerikanische Historikerin Anne Applebaum

hat kürzlich in einem «Bund»-Interview folgenden Satz geäussert: «Wer sich Sorgen um die Welt von heute macht, der muss in die Politik.» Ich mache mir Sorgen um die Welt von heute, und dann liegt mir Langnau am Herzen.

Nach der parteiinternen Nomination stand in der Zeitung zu lesen, die SP habe sich für den «roten Hund» entschieden. Bist du ein roter Hund?

Ich bin ein überzeugter Sozialdemokrat. Sozial, weil mir die soziale Wohlfahrt, insbesondere faire Arbeitsbedingungen, eine starke AHV, ein gut ausgebauter Sozialstaat und eine menschliche Asylpolitik am Herzen liegen. Wenn man dem «roter Hund» sagt, dann kann ich gut damit leben.

Und wie soll ein roter Hund einen wahr-scheinlich weiterhin bürgerlich dominierten Gemeinderat präsidieren?

Ich bin auch ein überzeugter Demokrat: Die in einer Demokratie ausgehandelten Lösungen sind mir heilig, solange sie nicht übergeordnetes Recht –, im Speziellen die Verfassung und die Menschenrechte – verletzen. Insofern besitze ich durchaus auch «bürgerliche» Tugenden.

Wie sieht es mit deiner Führungserfahrung aus?

In meiner langjährigen beruflichen und politischen Tätigkeit habe ich bewiesen, dass ich Verhandlungsgeschick habe sowie Gesprächs- und kompromissbereit bin. Beruflich zum Beispiel als Gewerkschaftssekretär in Gesamtarbeitsvertrags- und Lohnverhandlungen mit grossen Lebensmittelbetrieben (fenaco, HACO, Kraft Foods, Nestlé oder Wander). Geführt habe ich aber auch als Schulleiter am BVS Burgdorf, als Präsident des Grossen Gemeinderats und als Präsident der Geschäftsprüfungskommission oder als Präsident des Grossen Gemeinderates

Wie wird dein Wahlkampf aussehen? Und wie willst du ihn finanzieren?

Mein Wahlkampf wird geprägt sein von sozialdemokratischen Überzeugungen und Inhalten, aufgehängt an fünf zentralen Themen: Integration, Bildung, Bauen, Verkehr und Kultur. Am 1. Mai startet auf Wemakeit meine Crowdfunding-Aktion. Das Ziel besteht darin, bis Mitte Juni 10'000 Franken an Wahlspenden zusammen zu tragen. Beträge ab 50 Franken werden mit einem Langnauer Spezialbier inkl. Spezialetikette belohnt, ab 100 Franken gibt es eine Flasche roten Bierseewein inkl. Spezialetikette.

Hast du eine eigene Homepage?

Ebenfalls bis am 1. Mai sollte www.niklausmueller.ch bereit stehen. Zudem bin ich ein ziemlich aktiver Facebook-User.

Dürfen wir auch mit queren Ideen rechnen?

Das hoffe ich doch. Gerne möchte ich Lidl

davon überzeugen, das geplante Verkaufsgeschäft in der bestehenden Tuchfabrik Zürcher zu bauen. Was Burgdorf recht ist (Erhalten der Shed-Dächer neben dem coop Schützenmatte), muss Langnau billig sein. Und mit dem Erstellen einer Fussgängerüberführung an die untere Hansenstrasse könnte sich der Discounter viel Goodwill verschaffen.

Was noch?

Hiermit fordere ich meine drei Mitkonkurrenten aus SVP, BDP und EVP zu einer Art modernem Emmentaler Vierkampf heraus. Wählen und politisieren kann nämlich durchaus lustvoll sein und Freude bereiten. Der Vierkampf soll aus einem Eishockeyspiel (an einem Septembersonntag in der Ilfishalle), Hornussen, Jassen (Partnerschieber im Rahmen des Kultursommers) und Schwingen (ein Hoselupf in der Schwinghalle) bestehen.

Was versprichst du dir von dieser Aktion?

Die Wählerinnen und Wähler müssten sich nicht ausschliesslich auf die Parolen in den Inseraten und Wahlprospekten verlassen. Sie hätten vielmehr Gelegenheit, sich vor Ort ein Bild der geistigen und körperlichen Fitness der Kandidaten zu machen.

Wie schätzt du deine Wahlchancen ein?

Wenn ich mir keine Chancen ausrechnen würde, wäre ich sicher nicht angetreten. Favorit für den ersten Wahlgang ist für mich aber Walter Sutter, gefolgt von Thomas Gerber und mir. In einem zweiten Wahlgang hätte ich wohl nur mit der Unterstützung durch die BDP eine Chance.

Unsere Langnauer SP braucht mutige Genossen!

Die vielen Absagen von angefragten SP-KollegInnen für die Kandidatur im Grossen Gemeinderat machen mich betroffen. Natürlich sind die demokratischen Prozesse mühsam, wenn wir aber diese demokratische Basisarbeit auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abtun als satt und angepasst und zu wenig radikal, dann überlassen wir das Feld den anderen Parteien, die nicht unbedingt in unserem Sinne regieren.

In der Gemeindepolitik wird keine Weltpolitik gemacht, die immer etwas spektakulärer und vielleicht radikaler ist. Unsere Gemeinderäte «käsen» um ein lebenswertes Langnau und davon profitieren auch wir, sie erhalten dafür selten Lorbeeren. Enttäuschungen und Misserfolge sind vorprogrammiert, für die eigene Haltung kämpfen, im Überstimmmtwerden aber Fairness zeigen und ein guter Verlierer zu sein, das ist manchmal schwierig! Dafür braucht's sportliche Qualitäten. Die Wähler

meinen dann oft, nicht gehört und vertreten zu werden und wenden sich ab, wichtig wäre aber unsere Unterstützung, damit sie Lust haben, mit Herzblut weiter zu kämpfen.

Vielleicht gab's ja in den letzten Jahren schwer verdauliche Fehlentscheide, zumindest hat aber jeder jetzt die Möglichkeit, sich zur Wahl zu stellen und es dann besser zu machen. Wir sind etwas bequem geworden – und da nehme ich mich nicht aus. Uns geht's zu gut! Es gäbe aber so viele Probleme und Themen, für die sich lohnen würde zu kämpfen und sich stark zu machen! Darum bitte ich Dich, melde Dich bei Verena Gertsch für eine Kandidatur im Grossen Gemeinderat und sammle im Herbst Stimmen für ein soziales und lebenswertes Langnau!

Wenn's nötig ist, werde ich auch mit 76 zum 5. Mal das SP-Listenende schmücken.

Uta Wütherich Krähenbühl

- Ich will mich für die SP engagieren
- Ich will für den GGR zu kandidieren
- Ich will in einer Kommission mitarbeiten

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: Verena Gertsch, Oberstrasse 54, 3550 Langnau

Keine Subunternehmerketten bei öffentlichen Aufträgen

In unsicheren Zeiten brauchen die Menschen Sicherheit. Um die für eine florierende Wirtschaft wichtigen offenen Beziehungen zu unseren Handelspartnern in Europa erhalten zu können, ist es wichtig, dem Gewerbe und den Beschäftigten die Gewissheit zu vermitteln, dass sie nicht Opfer von unfairer Konkurrenz und Lohndumping werden. Ebenso wichtig ist es auch, dass faire Marktteilnehmer nicht durch fragwürdige Praktiken aus dem Markt gedrängt werden.

Vor diesem Hintergrund lanciert der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern (GKB) bzw. der Verein «Volksinitiative für fairen Wettbewerb und zum Schutz von Gewerbe und Beschäftigten» die kantonale Initiative, die das öffentliche Beschaffungswesen in die Pflicht

nimmt. Konkret geht es darum, die Praxis der Subunternehmerketten einzudämmen. Es darf nicht sein, dass öffentliche Aufträge zum Ziel von Akteuren werden, denen nicht an der Ausführung des Auftrags gelegen ist, sondern die nur daran interessiert sind, den erhaltenen Auftrag gegen eine Kommission weiterzugeben. Gemachte Erfahrungen zeigen, dass dies zu Ketten führt, an deren Enden so tiefe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen stehen, dass einheimische Firmen unweigerlich aus dem Markt gedrängt werden.

Schutz vor Billigkonkurrenz

Die Initiative will diese Kette auf zwei, in Ausnahmefällen drei Glieder beschränken und damit sicherstellen, dass die Aufträge auch an Unternehmen gehen, die den Auf-

trag ausführen. Generalunternehmen und Totalunternehmen können weiterhin ihre Angebote machen. Sie werden aber dazu verpflichtet, ihre Subunternehmen im Hinblick auf die konkrete Umsetzung auszuwählen. Das spekulative Element bei Ausschreibungen wird damit weitgehend ausgeschaltet. Das ist im Sinne des hiesigen Gewerbes, das andernfalls kaum noch zum Zug kommt. Und es ist natürlich auch im Sinne der Beschäftigten, die sich vor Billigkonkurrenz geschützt sehen. Wenn es uns gelingt, in diesem Bereich klare Regeln durchzusetzen, setzen wir ein starkes Zeichen für die Wirtschaft und die Beschäftigten im Kanton Bern.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia

AUS DEM GROSSEN GEMEINDERAT

Motion:

Langnau soll Energiestadt werden

Die Schweiz bezahlt pro Monat mehr als 1 Milliarde Franken für fossile Energien und damit für die Abhängigkeit von Staaten wie Libyen oder Nigeria. Dabei gibt es längst erneuerbare, heimische Energieträger als Alternativen. Damit verbleiben die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze im Inland. Es ist nur schon aus ökonomischen Überlegungen zentral, dass man bedingungslos auf erneuerbare Energie und Effizienz setzt – auch in Langnau. Deshalb hat Christian Oswald, zusammen mit Michael Moser (GLP) und Beat Gerber (SVP), die Motion «Langnau soll Energiestadt werden» eingereicht. Die Fraktion der SP Langnau im Grossen Gemeinderat (GGR) wünscht sich eine aktive und strukturierte Energiepolitik auf Gemeindeebene. Das Anliegen wurde von zwei Dritteln der Anwesenden im GGR beim

Einreichen am 31. Oktober 2016 mitunterzeichnet. Bei der Behandlung des Anliegens am 20. März 2017 waren BDP und FDP dann plötzlich dagegen. Die SVP hat von Anfang nicht unterstützt. Es sei zu teuer, war die Begründung der Gegner. Die Zertifizierung würde die Gemeinde rund 5'000 Franken (und Ressourcen der Gemeindeverwaltung) kosten. Das sind rund 0.01 % des Jahresaufwands der Gemeinde. Dem gegenüber stehen die Millionen, die wir in den nächsten Jahren in den Hochwasserschutz an der Ilfis investieren werden. Notabene wegen der Klimaerwärmung und einer verfehlten Energiepolitik. Leider ist die Mehrheit im GGR derzeit nicht für eine aktive Rolle in der Energiepolitik zu gewinnen. Die SP bleibt dran.

Christian Oswald

SP INTERN

Fondue-Abend

Niklaus Müller nominiert

Die Hauptversammlung der SP Langnau mit anschliessendem Fondueessen stand ganz im Zeichen der Nomination der Kandidatur für das Gemeindepräsidium. Die beiden zur Wahl stehenden Personen weisen eine breite und langjährige Erfahrung in der Langnauer Politik auf, bringen Führungserfahrung mit und sind sehr gut in Langnau verankert. Renate Strahm ist seit mehr als 20 Jahren in der Langnauer Politik tätig (Kommissionen, Grosser Gemeinderat, Gemeinderat). Niklaus Müller gehörte 12 Jahre dem Grossen Gemeinderat

NEU

Facebook:

SP Langnau online

Die SP Langnau verfügt neu über eine Facebook-Seite. Die Sektion wird auf dieser Seite Neuigkeiten posten und bietet den Usern Gelegenheit, sich zu politischen Themen auszutauschen. Wer sich informieren und austauschen will, abonniert die Seite.



an (u.a. als Präsident im Jahre 2010), war Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und ist seit letztem Jahr wieder in der Baukommission aktiv. Nach der Vorstellungsrunde setzte sich Niklaus Müller in einer geheimen Wahl mit leichtem Vorsprung durch.

Fusion gutgeheissen

Einstimmig hiess die Versammlung zudem die Fusion der SP Langnau mit der SP Lauperswil-Rüderswil zur neuen SP Region Langnau gut. Bernhard Antener

Gemeindeversammlung unter freiem Himmel

Am Sonntag, den 9. Januar 1921, war die Langnauer Kirche viel zu klein, um all die Männer zu fassen, welche an der Einwohnergemeindeversammlung teilnehmen wollten. Der Anlass musste daher auf «den Platz beim Primarschulhaus», gemeint ist das Oberfeldschulhaus, verlegt werden. Gemeindepräsident Probst eröffnete um 13 Uhr die Versammlung. 12 Stimmzähler wurden bestimmt, und die ermittelten 1151 Stimmberechtigte. Es handelte sich, wie der Berichterstatter des Emmenthaler Blattes schrieb, um die «wohl bestbesuchte Veranstaltung aller Zeiten.» Dabei wurde nur ein einziges Geschäft behandelt: Das neue Orts- und Verwaltungsreglement.

Majorz oder Proporz? Nur Kleiner oder auch Grosser Gemeinderat

Diese Fragen bewegten die Langnauer so sehr, dass es zu diesem Grossaufmarsch kam. Eine Arbeitsgruppe hatte sich ein Jahr lang mit der Vorbereitung beschäftigt. Darin waren alle Ortsparteien vertreten. Von der Arbeiterunion waren die Genossen Ernst Blaser, Emil Ryser, Fritz Aeschlimann, Alfred Flühmann und Fritz Reusser delegiert worden, die alle auch in der Sozialdemokratischen Mitgliedschaft den Ton

bestimmten. In der Arbeitsgruppe konnte man sich nicht einigen. Die Befürworter des Entwurfs 1 wollten den Gemeinderat von 13 auf 15 erhöhen und die Urnenwahl einführen, beharrten aber auf dem Majorzverfahren. Hinter diesem Vorschlag standen die Bauern- und Bürgerpartei (die heutige SVP) und eine Minderheit der Fortschrittlichen, so nannten sich die Freisinnigen zu diesem Zeitpunkt. Für den Entwurf 2 setzten sich die Mehrheit der Fortschrittlichen und die Arbeiterunion ein. Das Emmenthaler Blatt gab in den Ausgaben am 4. und 8. Januar beiden Meinungen Raum. Der Befürworter eines Grossen Gemeinderates schrieb, dass dieser die Geschäfte gründlicher bearbeiten könne als die Gemeindeversammlung, die oft nur von 1-2% der Stimmberechtigten besucht werde, und dass eine Gemeinde von der Grösse wie Langnau sich dem Trend der Zeit nicht entziehen könne. Der heisse Proporz. Andererseits der Anhänger von Entwurf 1: Die Majorzwahl entspreche dem Bewährten, ermögliche eine reibungslose Verwaltung, sei eine Zwängerei einiger politischen Grössen, Langnau komme aus ohne sozialistische Experimente.

Gemeindepräsident Schorer vertrat die Mei-

nung des Gemeinderates pro Majorz. Der Grosse Gemeinderat sei zu kostspielig und schränke die Kompetenzen des Gemeinderates ein. Dann war der Weg frei für die Diskussion. Gemeinderat Mauerhofer und Grossrat Christian Gerber plädierten für den Entwurf 1, Notar Egger und Kaufmann Ernst Berger waren für das Proporzverfahren. Von den Arbeitervertretern meldete sich keiner zu Wort. Es war bestimmt nicht einfach, vor über 1000 Personen zu sprechen. So kam es zur

Entscheidung

Verlangt und durchgesetzt wurde geheime Abstimmung. Das hiess über 1000 Zettel verteilen, ausfüllen, einsammeln und auszählen. Dazu hatte man die Männer in 12 Gruppen eingeteilt, die mit Leinbändern abgetrennt wurden. Das dauerte eine gute Stunde. Das Ergebnis: 860 für Entwurf 1, 278 für einen GGR, ein paar Enthaltungen. Das Schlusswort im Emmenthaler Blatt: «Es war ein denkwürdiger Anlass, der an das Beharrungsvermögen auf freiem Platz und bei ungemütlichen Temperaturen die allerhöchsten Anforderungen stellte.»

Martin Jäggi

Pfifanter

Bernstrasse 6, 3550 Langnau
Tel./Fax 034 402 51 72
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

malerei

Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

**BETTENHAUS
Lehmann**
FÜR GESUNDES SCHLAFEN

ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN

BETTEN **SCHRÄNKE**
VORHÄNGE **BODENBELÄGE**

**Gewerkschaft
und Arbeitslosenkasse
in deiner Nähe**

Unia Region Oberaargau-Emmental:
Mühleggässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch

**Gemeinsam
erreichen wir mehr.**
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

ETCETERA
Die soziale Arbeitsvermittlung

WIR SIND FÜR SIE DA!

Wir vermitteln Ihnen Hilfskräfte für Reinigung, Haushalt, Garten, Büro, Zügeln, Bau etc. und rechnen die Sozialleistungen ab.

Ein Anruf genügt!

034 402 73 82

Preis auf Anfrage
www.etcetera.sah-be.ch

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
SAH BERN
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEC
Soccorso operaio svizzero SOS

The best things in life aren't things.
Art Buchwald

Abrakadabra Treuhand

RENATO GIACOMETTI
Treuhand mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abrakadabra-treuhand.ch

-N-ä-h-a-t-e-l-i-e-r-
Barbara Egger - Dorfstrasse 4 - 3550 Langnau

Ich nähe Neues und ändere Altes:
Textilien für die Inneneinrichtung,
Damen- und Herrenkleider

Öffnungszeiten:
Dienstag-Freitag 9.30-11.30
Telefon 034 402 31 09

links i.E.

Die Stimme der SP Langnau und der Gewerkschaften ertönt vierteljährlich und kann gratis abonniert werden.

links i.e., Postfach 569, 3550 Langnau

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener
Fansrütistrasse 19
3550 Langnau
Tel. 034 402 22 68
bernhard@anteners.ch
Gemeindepräsident

Susanne Kölbl (parteilos)
Dorfberg 554
3550 Langnau
Tel. 034 402 73 00
susanne.koelbli@dorfberg.ch
Sozialwesen, Kinder und Jugend

Renate Strahm
Mooseggstrasse 8
3550 Langnau
034 402 52 91
renate.strahm@gmx.ch
Bildung

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon

Mail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agatha Aschwanden	GPK, Finanzkommission	034 402 74 02	agatha.aschwanden@dorfberg.ch
Regula Blatter	Soziale Dienste		regula.blatter@gmail.com
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm.	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Rachel Hasler		034 402 33 76	rachelhasler@bluewin.ch
Christian Oswald		079 703 93 83	christian.oswald@bkw.ch
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	SP Fraktionsleitung, GPK	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Ernst Rutschi		034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Stefanie Strahm			stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin, SeniorInnen	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Madeleine Holderried	Vertr. Lauperswil/Rüderswil	033 221 16 86	m.holderried@gmx.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-----------------

Impressum

links i.E.

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.

Auflage: 1100 Ex.

Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung: PUBLIFORM
Hanspeter Buholzer
www.publiform.ch

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ABSTIMMUNGSPAROLEN 21. MAI 2017

Eidgenössische Vorlagen

Energiegesetz (EnG) vom 30. September 2016 **JA**

Kantonale Vorlagen

Beschluss des Grossen Rates betreffend den Projektierungskredit
für die Verkehrssanierung Aarwangen – Langenthal Nord **NEIN**

Beschluss des Grossen Rates betreffend den
Kredit für die Asylsozialhilfe 2016-2019 **JA**

ANLÄSSE

So 21. Mai		Eidg. und kantonale Abstimmungen
Di 30. Mai	19.30 Uhr	Vorstand SP Region Langnau
Di 20. Juni	19.30 Uhr	SP-GGR-Fraktions-sitzung
Mo 26. Juni	20.00 Uhr	GGR-Sitzung
Mo 14. Aug.	19.30 Uhr	SP-GGR-Fraktions-sitzung
Mo 21. Aug.	20.00 Uhr	GGR-Sitzung
Sa 26. Aug.		Parteitag SP Kt. Bern (Bätterkinden)

WIR GRATULIEREN

- 2. Juli** *Zürcher Peter (87)*
- 2. Juli** *Zürcher-Fankhauser Ida (82)*
- 24. Juli** *Zaugg Hans (87)*
- 15. August** *Meyer Elisabeth (87)*
- 17. August** *Urech Max (84)*
- 31. August** *Steuri Rosa (78)*

Allen Jubilarinnen und Jubilaren gratulieren wir herzlich zum Geburts-
tag und wünschen ihnen fürs neue Lebensjahr beste Gesundheit und
viele schöne Erlebnisse. *Vorstand SP Langnau*

